

Eine Initiative will die Schweiz schützen – aber wovor eigentlich?

: 18.5.2026





Die Zuwanderung, was sie bringt und was sie nimmt, in 10 Grafiken.

Von [Philipp Albrecht](#), [Dennis Bühler](#), [Lukas Häuptli](#), [Priscilla Imboden](#), [Anna Traussnig](#) und Pierluigi Macor (Bilder), 18.05.2026

Diesen Beitrag anhören

0:00 / 23:08

In der Schweiz leben heute 9 Millionen Menschen. Wird die Volksinitiative der SVP am 14. Juni angenommen, darf die Bevölkerung die Grenze von 10 Millionen bis zum Jahr 2050 nicht überschreiten.

Schon ab 9,5 Millionen [müssen Bundesrat und Parlament dann handeln](#): Sie müssten den Familiennachzug einschränken, dürften vorläufig Aufgenommenen keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung mehr ausstellen und kein Schweizer Bürgerrecht mehr verleihen. Die Personenfreizügigkeit mit der EU müsste neu verhandelt werden, beim Überschreiten der 10-Millionen-Grenze nach 2 Jahren gar zwingend gekündigt werden.

Die Initianten verlangen eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung. Die Umwelt, die Infrastruktur, die Gesundheitsversorgung und die Sozialversicherungen müssten geschützt werden. SVP-Präsident [Marcel Dettling sagt](#): «Wir können nicht die ganze Welt aufnehmen.»

Überfordert die Zuwanderung die Schweiz? Ist das Boot voll? Voll mit Menschen, die dem Land schaden, anstatt zu seinem Wohlstand beizutragen? Mit Menschen, die den Schweizerinnen Job und Wohnung wegnehmen? Dazu haben wir uns die Zahlen der Zu- und der Abwanderung etwas genauer angeschaut und Fakten aus den Bereichen Wohnen, Arbeit, Wirtschaft, Verkehr und Kriminalität zusammengetragen, sie eingeordnet und grafisch dargestellt.

Wir legen gleich los mit einer Prognose und der Frage, ob die Zuwanderung überhaupt so etwas wie ein Naturgesetz ist.

Der Wettbewerb um junge Arbeitskräfte

Niemand kann die Zukunft voraussagen, auch der Staat nicht. Aber man kann in die Vergangenheit schauen und dort Muster erkennen, die auch in der Zukunft bestehen könnten. Deshalb ist das Bundesamt für Statistik (BFS) beim Bund für die Zuwanderungsszenarien zuständig. Alle 5 Jahre erstellt es neue, um zu ertasten, wie sich die Grösse und die Zusammensetzung der ständigen Wohnbevölkerung entwickeln könnten.

Im April 2025 legte es drei Szenarien vor, die die möglichen Entwicklungen bis ins Jahr 2055 skizzieren. Sie definieren eine Bandbreite, die für die Entwicklung der ständigen Wohnbevölkerung in den nächsten Jahrzehnten aus heutiger Sicht am plausibelsten erscheint.

Für diese Berechnung sind am wichtigsten:

- die Geburtenrate;
- die Lebenserwartung
- und der Wanderungssaldo.

Aktuell lässt sich darüber sagen,

- dass pro Frau 1,29 Kinder zur Welt kommen ([ein historischer Tiefststand](#));
- dass Frauen bei Geburt eine Lebenserwartung von 86 Jahren haben und Männer eine von 82,5 Jahren
- und dass der durchschnittliche Wanderungssaldo seit 2002 bei rund 70'000 Personen pro Jahr liegt.

Bemerkenswert ist, dass der Bund in allen drei Szenarien davon ausgeht, dass die Zuwanderung in etwa 10 Jahren abnehmen wird. Das liegt daran, dass im zunehmend alternden Europa immer mehr Staaten mit diversen Anreizen um junge Arbeitskräfte buhlen.

Bis heute ist die Schweiz vor allem für Menschen aus anderen europäischen Ländern ein attraktiver Ort, um zu arbeiten und zu leben. Ein Ort der Sicherheit und politischen Stabilität.

Besonders bei den Nachbarn attraktiv

Die Bevölkerung nimmt [seit fast 50 Jahren](#) stetig zu. Letztmals abgenommen hatte sie zwischen 1975 und 1977, und zwar in der Folge des sogenannten Öl-Schocks und der damit verbundenen Energie- und Wirtschaftskrise. Seit 1980 aber wächst die Zahl der Einwohner und Einwohnerinnen mit einer jährlichen Zuwachsrate von 0,2 bis 1,7 Prozent.

1975 lebten 6,3 Millionen in der Schweiz, 1995 waren es 7,1 Millionen und 2002 7,3 Millionen. Von da an trieb vor allem das Freizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Union das Bevölkerungswachstum an. Seither wuchs die ständige Wohnbevölkerung um 1,8 Millionen auf 9,1 Millionen Menschen. Ein Plus von 25 Prozent.

Bei der Einwanderung aus europäischen Ländern gab es in den letzten zwei Jahrzehnten zum Teil starke Schwankungen. So wanderten nach Einführung des Freizügigkeitsabkommens Jahr für Jahr mehrere tausend Menschen aus Portugal ein; der entsprechende Wanderungssaldo [bewegte sich](#) von 2002 bis 2016 zwischen rund 2500 und 15'100 Personen. Von 2017 bis 2022 änderte sich das aber plötzlich: In diesem Zeitraum wanderten auf einmal mehr Portugiesen aus der Schweiz aus als ein. Grund dafür war im Wesentlichen die positive [wirtschaftliche Entwicklung](#) im Heimatland.

Die mit Abstand grösste Gruppe der Einwanderinnen [bilden](#) aber die Staatsangehörigen der Nachbarländer Deutschland, Italien und Frankreich. In den letzten 10 Jahren dominierten Bürgerinnen dieser drei Staaten die Statistik.

Die Asyl- und Schutzsuchenden ([vor allem aus Eritrea, Syrien, Afghanistan und der Ukraine](#)) machen nur einen kleinen Teil aller Zuwanderer in die Schweiz aus. [Ihr Anteil lag](#) 2024 bei 14,0 Prozent – und kurz vor Ausbruch des Russland-Ukraine-Kriegs sogar nur bei 8,1 Prozent.

Es kommen zu viele und die Falschen – so begründet die SVP ihre Initiative. Doch wer die Beschäftigungsstatistik betrachtet, kann dieser Aussage nicht zustimmen.

Ausländerinnen dämpfen den Fachkräftemangel

Der Arbeitsmarkt hat die Zuwanderung immer dankbar aufgenommen. Das lässt sich etwa [an der Arbeitslosenquote ablesen](#), die seit der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 immer wieder rauf und runter ging, aber nie nachhaltig angestiegen ist. Kommt dazu, dass unter vielen Nationalitäten der [Anteil der Erwerbstätigen](#) praktisch gleich hoch ist wie bei den Schweizern. Weil so viele von ihnen arbeiten und sie ein breites Spektrum der Schweizer Wirtschaft abdecken, helfen die ausländischen Arbeitskräfte, den Fachkräftemangel zu dämpfen.

Zugewanderte sind also längst nicht mehr nur Dienstleister, die Arbeiten ausführen, die Schweizer nicht machen wollen. Viele sind Spezialistinnen in wichtigen Fachgebieten, in denen der Schweizer Nachwuchs fehlt. So sind 56 Prozent der Personen, die im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens zugewandert sind, in einem Beruf tätig, der in der Regel einen tertiären Bildungsabschluss [voraussetzt](#) (Bereich in der Grafik in Magenta). Bei den Schweizer Erwerbstätigen liegt der Anteil bei 57 Prozent.

Wo Ausländerinnen und Schweizer arbeiten

Erwerbstätige nach Berufshauptgruppen im Jahr 2024 in Prozent

- Führungskräfte ● Intellektuelle und wissenschaftliche Berufe ● technische Berufe ● Bürokräfte
- Dienstleistungs- und Verkaufsberufe ● Handwerksberufe ● Bediener von Maschinen und Anlagen
- Hilfsarbeitskräfte

EU/Efta, im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens zugewandert



Schweizerinnen



Drittstaaten



Quelle: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung SAKE, Auswertung Seco • Als «im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens zugewandert» gelten Personen mit Staatsangehörigkeit eines heutigen EU/Efta-Staates, die nach dem Jahr 2002 in die Schweiz zugewandert sind.

Ob in Führungsgremien oder auf der Baustelle: Die Erwerbstätigen aus der EU und dem Efta-Raum sind heute genau dort tätig, wo es auch jene mit Schweizer Pass sind. 4 von 10 Ärzten haben ihr Medizinstudium im Ausland absolviert. 37 Prozent der Erwerbstätigen im Baugewerbe haben keinen Schweizer Pass. In der Forschung gilt das sogar für 52 Prozent der Angestellten – gleich viele wie im Gastgewerbe.

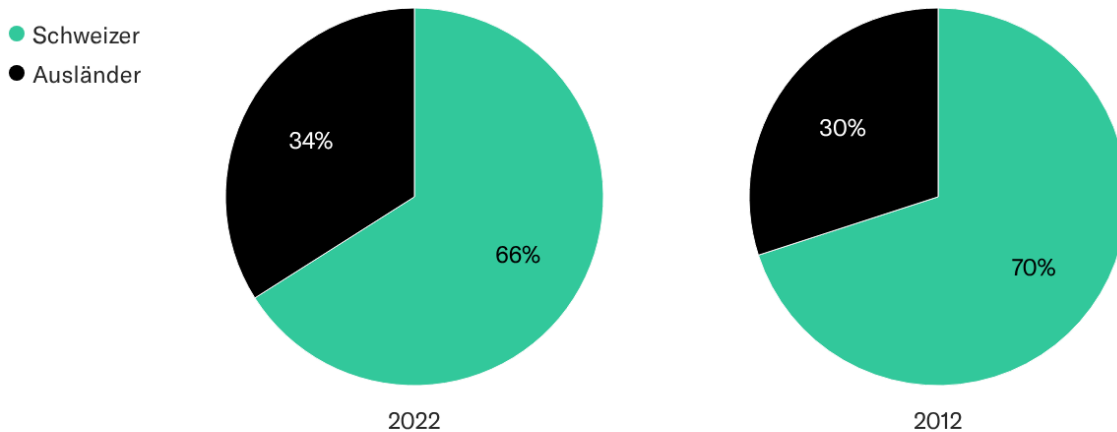
Verschiedene Berufs- und Branchenverbände warnen denn auch vor der Initiative. «Bei einer Annahme ist ein verstärkter Fachkräftemangel im Gesundheitswesen zu befürchten, der sich negativ auf die Arbeitsbedingungen der Schweizer Ärzteschaft auswirken würde», [schreibt](#) etwa der Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte (VSAO). Und laut

Gastro Suisse beschäftigen 2 von 3 Gastrobetrieben Mitarbeitende aus der EU oder dem Efta-Raum. Deshalb [warnt der Verband](#): «Ohne diese Arbeitskräfte drohen Betriebsschliessungen, kürzere Öffnungszeiten und steigende Preise.»

Die Zugewanderten füllen das Finanzierungsloch der AHV

Genauso fundamental wie für die Betriebe und Unternehmen ist die Zuwanderung für die staatliche Altersvorsorge. Ein Blick auf die Einnahmeseite zeigt: Die ausländischen Arbeitskräfte zahlen total 34 Prozent der Beiträge an die erste Säule.

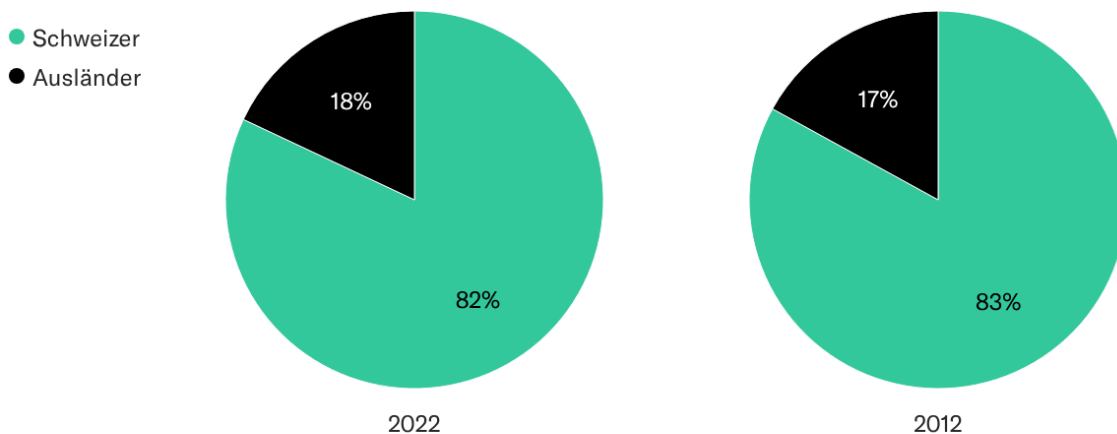
Verteilung der Beiträge in die 1. Säule



Quelle: Bundesamt für Sozialversicherungen

Schaut man sich die Ausgabenseite an, zeigt sich, dass die Gruppe der ausländischen Arbeitskräfte viel weniger aus der ersten Säule bezieht, als sie eingezahlt hat, nämlich 18 Prozent der Leistungen.

Verteilung der Geldleistungen aus der ersten Säule



Quelle: Bundesamt für Sozialversicherungen

Dieses Verhältnis von 34 Prozent zu 18 Prozent hat sich seit 2012 zuungunsten der Ausländerinnen entwickelt. 2012 zahlten sie 30 Prozent ein und bezogen nur 17 Prozent. Das ist ein Muster, das sich über die Jahre zeigt: Sie zahlen zunehmend mehr ein, als sie beziehen. Der Bundesrat [geht davon aus](#), dass sich dies so weiterentwickeln wird – sofern die Zuwanderung zuvor nicht künstlich eingeschränkt wird, versteht sich.

Warum bezieht die Gruppe der Zugewanderten als Ganzes weniger, als sie einzahlt?

- Weil viele von ihnen sehr gut verdienen,
- weil einige nach der Pensionierung wieder in die Heimat zurückkehren und dort zwar AHV beziehen dürfen, aber kein Recht auf Ergänzungsleistungen haben,
- und weil viele im Vergleich zu Schweizern keine Vollrente beziehen, da sie nicht von Anfang an eingezahlt haben.

Damit stützen die Zugewanderten das System, das sich zu einem grossen Teil dadurch finanziert, dass Erwerbstätige direkt die Renten der Pensionierten bezahlen.

Würde nun der freie Personenverkehr gekappt, hätte die erste Säule ein Finanzierungsproblem. Genau gesagt hat sie das schon heute, weil die Bevölkerung als Ganzes älter wird und dadurch immer mehr Pensionierte immer weniger Erwerbstätigen gegenüberstehen. Dazu kommt, dass Menschen im Ruhestand heute immer länger eine Rente beziehen, weil die Lebenserwartung gestiegen ist. Doch die Einwanderung verlangsamt diese Entwicklung.

Falls künftig weniger Erwerbstätige in die Schweiz einwandern, müsste die AHV noch rascher und umfangreicher reformiert werden. Eine baldige Erhöhung des Rentenalters wäre unumgänglich. Auch ein neues Finanzierungssystem liesse sich nicht länger hinauszögern. Dazu müssten die Steuern erhöht werden, und Erwerbstätige müssten sehr wahrscheinlich mehr Lohn abgeben.



Weniger Delikte, aber mehr verurteilte Ausländer

Ist die Kriminalität in den letzten Jahren mit starker Zuwanderung übermässig gestiegen? Ja, sagt die SVP und führt die Entwicklung als weiteres Argument für ihre Initiative an.

Nun, die objektive Erfassung von Kriminalität ist schwierig. Wenn man sich dabei auf Statistiken zu Strafanzeigen stützt, lässt man die Frage ausser Acht, ob die Angezeigten auch wirklich schuldig waren. Geht man dagegen von Statistiken zu Strafurteilen aus, bleiben alle (mutmasslichen) Täter unberücksichtigt, die nie verurteilt wurden.

Noch schwieriger ist zu sagen, was diese Statistiken über das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung aussagen. Dieses wird nämlich längst nicht nur von kriminalistischen Fakten beeinflusst, sondern auch von eigenen Erfahrungen, vom gesellschaftlichen Umfeld, von medialen und politischen Verzerrungen sowie von der allgemeinen Lebensqualität.

Was sich sagen lässt: Der Anteil der Ausländer (mit oder ohne Wohnsitz in der Schweiz) sowie der Asylsuchenden an allen mutmasslichen Straftätern ist in den letzten Jahren gestiegen. Bei [den Angezeigten](#) nahm er von rund 52 Prozent (2015) auf rund 58 Prozent (2025) zu. Und bei [den Verurteilten](#) stieg er von rund 55 Prozent (2014) auf rund 63 Prozent (2024).

Wichtiger aber ist eine andere Statistik. Diese zeigt: Die Kriminalität ganz allgemein ist in den letzten Jahren zurückgegangen – vor allem in denjenigen Deliktsfeldern, die das persönliche Sicherheitsempfinden der Bevölkerung am meisten mitbeeinflussen. Hier sind die sogenannten [Häufigkeitszahlen](#) in den letzten Jahren meist gesunken (die Häufigkeitszahlen setzen die Zahl der Strafanzeigen ins Verhältnis zu 1000 Einwohnern).



So sind namentlich die Häufigkeitszahlen bei den Gewaltstraftaten zurückgegangen, aber auch diejenigen bei den Diebstählen und den Sachbeschädigungen. Gestiegen sind sie einzig bei einzelnen Deliktsfeldern, etwa bei der Gewalt und Drohung gegen Beamte, bei den Auto-diebstählen oder beim Betrug.

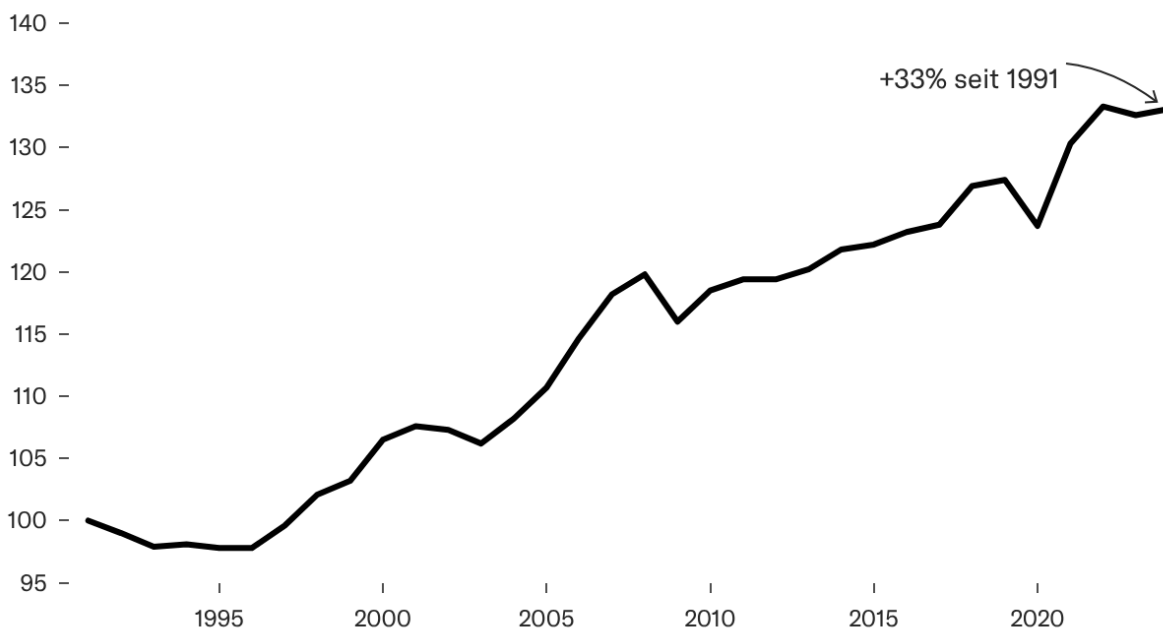
Die Wirtschaft wächst – auch pro Kopf

Die Wirtschaft wachse in den letzten Jahren nicht mehr pro Kopf, das sagt nicht nur die SVP, sondern auch wachstumskritische Linke wie [SP-Nationalrätin Jacqueline Badran](#). Was man sehe, sei vornehmlich ein Mengenwachstum, sprich: Das Bruttoinlandprodukt (BIP) wächst nur, weil Menschen einwandern, die Einheimischen werden dadurch nicht reicher.

Ein Blick auf die Statistik zeigt: Das ist nicht wahr. Das inflationsbereinigte BIP pro Kopf wächst stetig. Seit 1991 hat es um 33 Prozent zugenommen. Erwähnenswerte Einbrüche gab es lediglich während der Finanzkrise 2009 und der Pandemie 2020.

Mehr Wertschöpfung

Bruttoinlandprodukt pro Kopf 1991–2024 inflationsbereinigt (zu Preisen des Vorjahres), indexiert



Quelle: Bundesamt für Statistik – Wachstums- und Produktivitätsstatistik (WPS)

Was stimmt: Das BIP insgesamt ist in dieser Zeit deutlich stärker gewachsen, es findet also durchaus auch ein Mengenwachstum statt, aber eben nicht nur.

«Die Migration fördert das Wirtschaftswachstum, das lässt sich nicht bestreiten», sagt Volker Grossmann, Volkswirtschaftsprofessor an der Universität Freiburg. Zuwanderung erhöhe die Produktivität und Innovationsfähigkeit in wichtigen Branchen. Gleichzeitig spielten andere Dinge dafür eine Rolle, wie etwa der technologische Fortschritt und – gerade für das Exportland Schweiz – die Handelsbeziehungen.

Erwerbstätige Ausländerinnen sind vor allem in den wertschöpfungsorientierten Teilen der Wirtschaft tätig. Laut einer [Studie](#) des Schweizerischen Arbeitgeberverbands wurden in den letzten 15 Jahren rund 90 Prozent der neu geschaffenen Stellen in der Privatwirtschaft von Ausländern besetzt. Gleichzeitig bevorzugten Schweizerinnen Stellen beim Staat oder in staatsnahen Betrieben. Ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Zuwanderung förderlich ist für das Wirtschaftswachstum.

Was aber auch wahr ist: Es profitieren nicht alle davon. «Im Moment kommt das Wirtschaftswachstum vor allem den gut verdienenden Arbeitskräften in den exportorientierten Regionen zugute», sagt Volker Grossmann. Es gebe auch Verlierer. Etwa Personen, deren Löhne nicht gestiegen sind und deren Kaufkraft aufgrund steigender Wohnungspreise geschmälert wird. «Aber es ist falsch zu sagen: Migration macht einige ärmer, also stoppen wir sie», sagt Grossmann: «Denn der Kuchen wächst durch Zuwanderung. Man muss also schauen, dass der Kuchen umverteilt wird.»

Der grosse Unterschied beim Flächenverbrauch

Ökonom Volker Grossmann hat gemeinsam mit zwei Co-Autorinnen auch [untersucht](#), ob die Personenfreizügigkeit mit der EU die Mietzinse in die Höhe treibt. Sie kommen zum Schluss, dass die Einführung der Personenfreizügigkeit in den Regionen mit hoher Zuwanderung

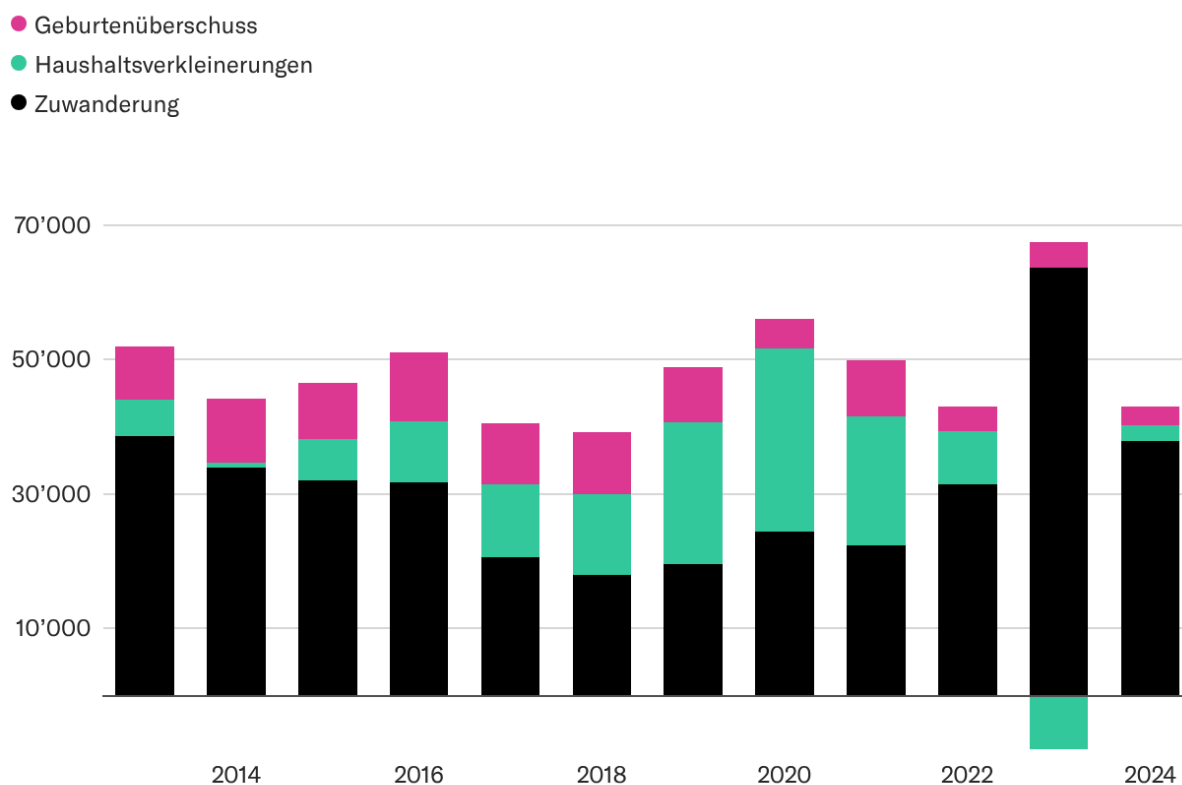
tatsächlich ein treibender Faktor bei der Verteuerung der Mieten war. Anschliessend flachte dieser Effekt vollständig ab. Jedenfalls bis 2016. Was danach passierte, wurde nicht mehr analysiert. Klar ist, dass die Mieten seither wieder gestiegen sind.

Grossmann sagt: «Die Wohnungspreise steigen in einer wachsenden Wirtschaft immer stärker als andere Preise – als Folge der Bodenknappheit. Da ist man schnell versucht zu sagen, das muss wegen der Zuwanderung sein. Für die letzten 10 Jahre wissen wir nicht, ob Zuwanderung zu höheren Preisen beigetragen hat, das ist die ehrliche Antwort.»

Was man hingegen weiss: Ausländerinnen treiben die Nachfrage an. In einem «Blick»-Interview im Januar [sagte Martin Tschirren](#), Direktor des Bundesamts für Wohnungswesen, dass die Zuwanderung in den letzten Jahren 60 Prozent der Nachfrage ausgemacht habe. Tschirren bezog sich dabei auf Daten der Raiffeisenbank, die untersuchte, weshalb neue Haushalte gegründet werden. Dies geschieht, weil Personen einwandern, aber auch, weil mehr Kinder geboren werden als Menschen sterben und weil die Haushalte in den letzten Jahren kleiner wurden, wegen Scheidungen beispielsweise.

Zuwanderung dominiert die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt

Wie viele neue Haushalte gegründet wurden und was den Ausschlag gab



Quelle: Raiffeisen • Der negative Effekt durch Haushaltsverkleinerungen im Jahr 2023 bedeutet, dass die durchschnittliche Haushaltsgrösse ausnahmsweise gestiegen ist. Es lebten demnach leicht mehr Personen in einer Wohnung als zuvor. Dies war auf die starke Zuwanderung von Ukrainerinnen zurückzuführen und das gleichzeitig relativ starre Wohnungsangebot. Die Ukrainer sind teilweise bei privaten Haushalten untergekommen oder in WGs gezogen.

Allerdings beweist das noch nicht, dass die Zuwanderung alleine für die gestiegenen Mieten verantwortlich ist. Vielmehr geht der Bund davon aus, dass es eine Reihe von Gründen gibt, die den Anstieg der letzten Jahre erklären. Vereinfacht gesagt traf die Zuwanderung gemeinsam mit der Alterung der Bevölkerung auf die Individualisierung, die zu mehr 1-Zimmer- und 2-Zimmer-Wohnungen und zu einem höheren Flächenbedarf führte. Eine Rolle spielten auch vorübergehend gestiegene Zinsen, was wiederum zu einer tieferen Bautätigkeit [führte](#).

Den Trend zu mehr Wohnfläche trieben Schweizer stärker an: Sie benötigen deutlich mehr Wohnraum und ihr Bedarf danach stieg in den letzten 12 Jahren stärker an als bei den Zugewanderten, wie Zahlen des BFS zeigen.

Ausländer brauchen weniger Wohnfläche als Schweizer

Durchschnittliche Wohnfläche pro Bewohnerin in Quadratmeter

	2013	2024
Schweizerischer Haushalt: 1 Person	82,5	84,3
Ausländischer Haushalt: 1 Person	66,5	64,9
Schweizerischer Haushalt: 2 oder mehr Personen	42,7	44,8
Ausländischer Haushalt: 2 oder mehr Personen	30,3	30,8

Quelle: Bundesamt für Statistik

Für die steigenden Mietzinsen mitverantwortlich sind zudem Immobilienbesitzer, die [sich nicht ans Mietrecht halten](#). Das Gesetz erlaubt keine Erhöhung der Mieten, ausser in einem gewissen Rahmen bei einem Anstieg der Zinsen oder der Teuerung, oder wenn die Wohnung renoviert wird. Das schützt vor allem bestehende Mieterinnen vor überrissenen Mietzins-erhöhungen. Aus diesem Grund sind die sogenannten Bestandsmieten in den letzten zwei Jahrzehnten etwa gleich geblieben. Im Gegensatz dazu sind die Angebotsmieten laut Daten der Swiss Marketplace Group zwischen 2010 und 2025 [um 27 Prozent](#) angestiegen.

Das heisst: Bei Mieterwechsel erhöhen viele Vermieter die Mietzinsen stärker als erlaubt. Laut Mieterverband zahlen Mieterinnen in der Schweiz deshalb insgesamt 10 Milliarden Franken [zu viel](#). Die Mieterinnen müssten die Anfangsmieten anfechten, was sich die allermeisten von ihnen in Zeiten der Wohnungsnot nicht trauen.

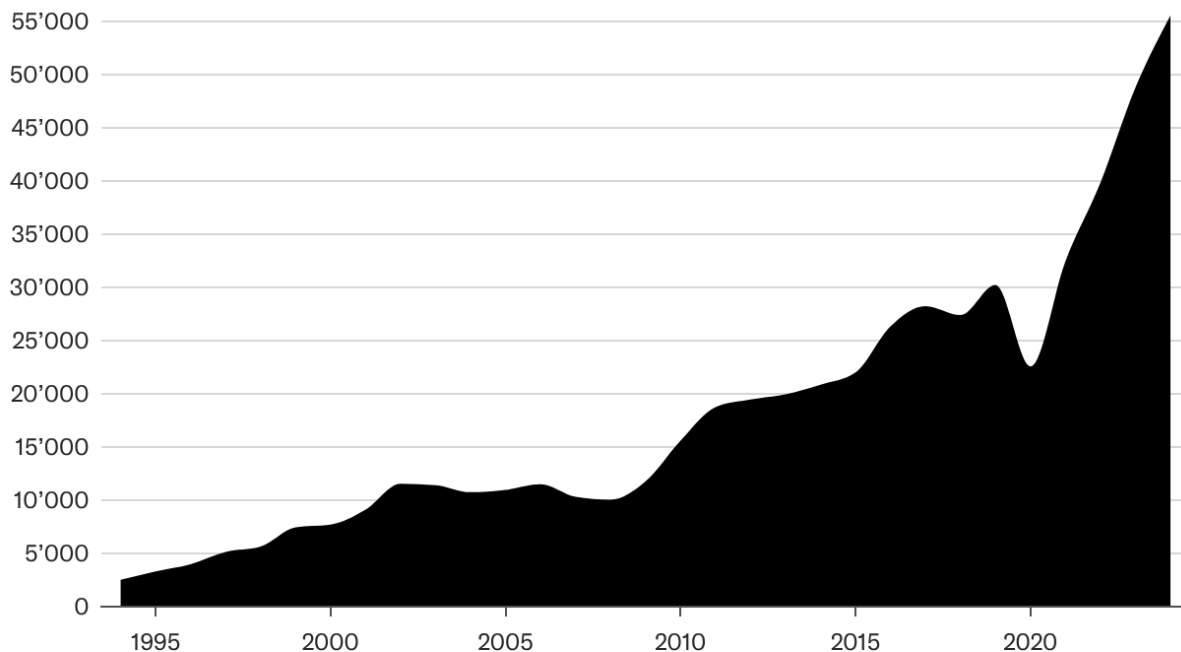
Viel mehr Stau und etwas vollere Züge

«Unsere Bundesräte sollten mal einen Monat Auto fahren, jeden Tag, während der Stosszeiten», hiess es kürzlich auf der Leserbriefseite beim «Blick». «Vielleicht sehen sie dann, dass einfach zu viele Leute in der Schweiz sind.»

Mit einem hatte die Leserbriefschreiberin aus einer kleinen Aargauer Gemeinde recht: Tatsächlich ist der Platz auf den Strassen in den letzten Jahrzehnten knapper geworden. Die Anzahl Staustunden erreichte 2024 den Rekordwert von 55'569 – eine Verdoppelung gegenüber 2018 und gar eine Versechsfachung im Vergleich zu 2001. Zwei Drittel der Staustunden [entfielen](#) auf die Autobahnen A1, A2 und A3.

Autolenkerinnen verbringen immer mehr Zeit im stehenden Fahrzeug

Stauaufkommen auf dem Nationalstrassennetz in Stunden



Quelle: Bundesamt für Strassen • Zeitreihenbrüche: Anpassung der Berechnungsmethode 2016; ab 2020 inkl. Strecken des neuen Netzbeschlusses (NEB)

«Als Verkehrsminister kann ich es mir nicht leisten, zu sagen, das sei okay», [sagte SVP-Bundesrat Albert Rösti](#) im Herbst 2024 im Abstimmungskampf zu einer Vorlage, mit der für 5 Milliarden Franken Autobahnteilstrecken hätten ausgebaut werden sollen (was schliesslich mit einem Nein-Anteil von 52,7 Prozent abgelehnt wurde). «Der Stau ist für mich eine Katastrophe und vor allem für all jene, die auf ein funktionierendes Nationalstrassennetz angewiesen sind.» Dieses sei einst für eine Bevölkerung von 6 Millionen geplant worden, [betonte Rösti](#).

Für die Zunahme der Staustunden ist aber nicht die Zuwanderung allein verantwortlich. Denn während die Zahl der immatrikulierten Strassenfahrzeuge im vergangenen Jahr fast 6,6 Millionen [betrug](#) und im Vergleich zum Jahr 2000 somit um mehr als 43 Prozent angestiegen ist, wuchs die Bevölkerung im selben Zeitraum nur um knapp 27 Prozent.

Entscheidender ist, dass sich die meisten ein Auto leisten können – oder sogar mehrere. «Der Wohlstand hat zugenommen und mit ihm die Ansprüche», [sagte Rösti im besagten Abstimmungskampf](#). «Das Mobilitätsbedürfnis wächst, es gibt Familien mit zwei Autos, Freizeit- und Güterverkehr nehmen zu.»

Tatsächlich: 65 Prozent aller Kilometer, die Personen in der Schweiz zurücklegen, [fahren](#) sie mit dem Auto. Auf die Schiene entfallen nur knapp 20 Prozent.

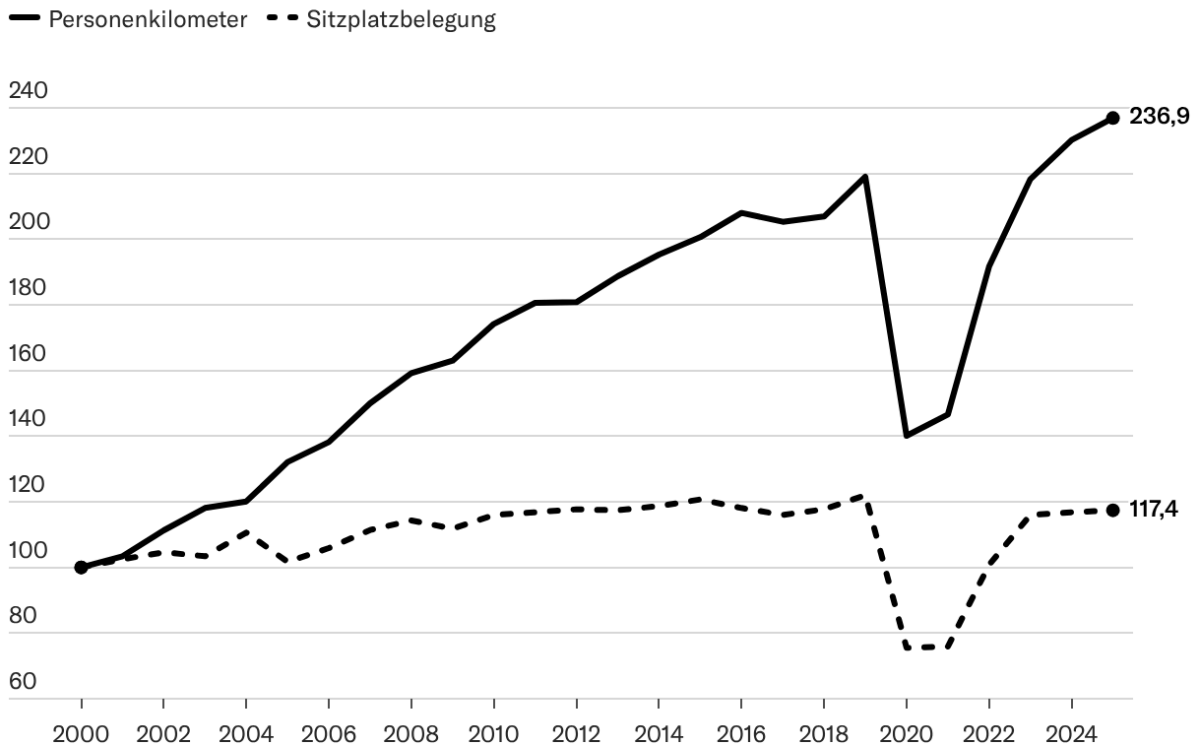
Und doch legen Einwohner der Schweiz im Schnitt [sehr viel mehr Kilometer](#) mit der Bahn zurück als Einwohner anderer europäischer Staaten. In den letzten zwei Jahrzehnten sind sie immer öfter in den Zug gestiegen. Zählten die SBB im Jahr 2000 noch 600'000 Reisende pro Tag, sind es 25 Jahre später mit 1,4 Millionen mehr als doppelt so viele.

Auch wenn der subjektive Eindruck ein anderer ist: Der sogenannte Dichtestress hat in dieser Zeit nicht spürbar zugenommen – zumindest wenn man auf das gesamte Bahnnetz schaut. So stieg die Auslastung der Züge nur leicht an, während die gefahrenen Personenkilometer sich

mehr als verdoppelten. Das liegt daran, dass die Bahn die Strecken und Kapazitäten stark ausgebaut hat.

Es wird viel mehr Zug gefahren, doch die Auslastung der Züge nahm kaum zu

Personenkilometer und Auslastung, indexiert



Quelle: SBB · Der Knick im Jahr 2020 ist auf die Pandemie und den damit verbundenen Rückgang der ÖV-Nutzung zurückzuführen.

Doch während auf gewissen Strecken Züge und Postautos meist nahezu leer unterwegs sind, spüren Pendlerinnen auf einzelnen Strecken durchaus, dass es gerade zu Stosszeiten in den Zügen enger geworden ist. Deshalb will der Bundesrat etwa zwischen Bern und Zürich bis 2035 [einen Viertelstundentakt einführen](#).

Gleichzeitig dürfte die alternde Bevölkerung die Verkehrsbelastung zunehmend relativieren. «Bis zu einem Alter von 25 Jahren nimmt das Mobilitätsbedürfnis stetig zu, danach sinkt es kontinuierlich», [sagte Demografie-Experte Hendrik Budliger](#) kürzlich der «Basler Zeitung». «Weil die Geburtenraten sinken, kommen jedoch jedes Jahr weniger Leute an ihr Mobilitätsmaximum. Das heisst, 80 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner reduzieren die Mobilität von Jahr zu Jahr.»

Ob es angesichts dieser Prognosen eine gute Idee ist, die Zuwanderung zu deckeln?

Republik-Podium zur 10-Millionen-Initiative

In den letzten Jahrzehnten hat die SVP mit ausländerfeindlichen Kampagnen und Positionen Wahlen gewonnen – und die Fremdenfeindlichkeit bis weit in bürgerliche Kreise salonfähig gemacht. Wie war das möglich und wohin führt das? Darüber diskutieren wir am 27. Mai in Bern mit Historikerin Melinda Nadj Abonji, Sanija Ameti, ehemalige Co-Präsidentin Operation Libero, und dem Rechtspopulismus-Experten Damir Skenderovic. [Jetzt Ticket sichern](#).